

Nord Stream 1: Kanada liefert Turbine doch aus

Nach der planmäßigen Wartung der Gaspipeline hat Russland kein Argument für Lieferdrosselungen.

OTTAWA/BERLIN. Die Bundesregierung hat sich erleichtert gezeigt, dass Kanada den Weg für die Lieferung der Siemens-Turbine für die Gaspipeline Nord Stream 1 frei gemacht hat. „Wir begrüßen die Entscheidung unserer kanadischen Freunde und Verbündeten“, teilte Kanzler Olaf Scholz (SPD) mit. Die Regierung in Ottawa hatte zuvor erklärt, man werde eine Ausnahme von den Russland-Sanktionen machen und die in Kanada gewartete Turbine nach Deutschland zurückschicken.

Hintergrund der Verhandlungen zwischen der deutschen und kanadischen Regierung ist, dass Russland die Drosselung von Gaslieferungen durch die Pipeline Nord Stream 1 unter anderem mit der fehlenden Turbine begründete. Die Bundesregierung hatte indes betont, sie halte dies für vorge-schoben. Russland setze Gaslieferungen als

**Ohne die
Versorgung
mit Erdgas
bekäme
die deutsche
Wirtschaft
Probleme.**

politische Waffe ein. „Es ist ein vorgeschobener Grund. Und diesen vorgeschobenen Grund versuchen wir zu nehmen. Und vielleicht löst das ja etwas“, sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) im Deutschlandfunk. Russland wiederum

hatte erklärt, die Gaslieferungen nach Europa würden wieder erhöht, wenn die in Kanada reparierte Turbine zurückkomme.

Die kanadische Regierung hatte gezögert, weil die Lieferung der erwarteten Turbine an den russischen Energiekonzern Gazprom gegen Sanktionsvorschriften verstoßen hätte. Nun wird die Turbine aber an Deutschland ausgeliefert. Die kanadische Regierung teilte am Samstag deshalb mit, man werde eine zeitlich begrenzte und widerrufbare Genehmigung für Siemens Canada erteilen, um die Rückführung reparierter Nord Stream 1-Turbinen nach Deutschland zu ermöglichen.

Ohne die notwendige Versorgung mit Erdgas bekäme die deutsche Wirtschaft große Probleme und es bestehe die Gefahr, dass die Deutschen ihre Häuser im Winter nicht mehr heizen könnten, hieß es. Zugleich betonte man in Ottawa, dass man fest an der Seite der Ukraine stehe. Auch das Wirtschaftsministerium in Berlin unterstrich die Entschlossenheit beider Länder, die Ukraine zu unterstützen.

rtr